

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 45 A. einjährl. 4.80 A. halbjährlich 8.40 A. Der Postbezug nähert sich bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: **Hochheimer Anzeiger**, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: **Biedrich a. Rh.**, Rathausstraße 16. Telephon 41.

Anzeigenpreis: für die Spalten Kleinzeile oder deren Raum 6 A. Reklamazeile 12.50 A.

Rotations-Druck und Verlag: **Guido Seidler** vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich a. Rh. — Redakteur: **Paul Jorisch**, Biedrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: **Jean Lauer**.

Nr. 114

Donnerstag, den 28. September 1922.

Postfachamt
Stadthaus
Stadthaus (Hochheim) 10114

16. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 455.

Erhöhung des Brotpreises.

Infolge Erhöhung der Frucht-, Fuhr- und Arbeitslöhne in den Mühlen und Bäckereien, sowie sonstige Umstände, welche sich auf den Preis für den Verkauf von Brot auswirken, wird der Preis für den Verkauf von Brot von Montag, den 2. Oktober d. J. ab auf 42 Mark bei einem Broutgewicht von 1900 Gramm (Nettogewicht 24 Stunden nach dem Backen) für 1 Pfund Brot in Wiesbaden wie von dem Kreisamt auf die Bäder gestellt, darf im Kleinverkauf von den Bäckern nicht mehr als 10 Mark erhoben werden. Die Abgabe darf nur gegen Brotkarten erfolgen.

Wird auf die Brotkarte der 8. Woche bereits am Samstag, den 30. September d. J. Brot eingekauft, kann der neue Preis hierfür erhoben werden. Im übrigen verbleibt es bei der Verordnung vom 16. August 1922 II. Kornst. 1007.

Der Magistrat in Wiesbaden und die Bürgermeister der Landgemeinden ersuchen um sofortige ersatzliche Bekanntgabe in der Gemeinde.

Wiesbaden, den 27. September 1922.

Der Kreisamtschef des Landkreises Wiesbaden.

Nr. 11. Kornst. 1317. Schlicht.

Bekanntmachung.

betr. Teuerungszuschlag zu den Schornsteinfegergebühren.

Auf Grund des § 77 der Reichsgewerbeordnung wird zu den Schornsteinfegergebühren für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biedrich ein Teuerungszuschlag von 17. Dezember 1921, veranlaßt im Amtsblatt Nr. 146, Ziffer 578 — ein Teuerungszuschlag von 300 v. H. mit Wirkung vom 23. September d. J. ab festgelegt. Die Gesamtbeträge betragen sich somit auf das Vierfache der Grundgebühren.

Meine Bekanntmachung vom 22. August d. J. tritt hiermit außer Kraft.

Wiesbaden, den 24. September 1922.

Nr. 2. 337. Der Landrat.

Verzeichnis

über die in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis zum 31. August 1922 ausgefertigten Jagdscheine.

1. Fr. August, Sonnenberg, gült. b. 4. 7. 1923.
2. Bach, Chr., Sonnenberg, gült. b. 4. 7. 1923.
3. Michel, Joh., Flörsheim, gült. b. 5. 7. 1923.
4. Diehl, Friedr., Biedrich, gült. b. 4. 7. 1923.
5. Reinhardt, Hermann, Bredenheim, gült. b. 6. 7. 1923.
6. Belsch, Anton, Biedrich, gült. b. 5. 7. 1923.
7. Kleinemer, Heinr., Aug., Nordenstadt, gült. b. 6. 7. 1923.
8. Frische Dr., Paul, Biedrich, gült. b. 9. 7. 1923.
9. Rauf, Wilhelm, Sonnenberg, gült. b. 9. 7. 1923.
10. Daur, Ludwig, Sonnenberg, gült. b. 9. 7. 1923.
11. Belsch, Anton, Biedrich, gült. b. 15. 7. 1923.
12. Bredendach, Richard, Erbenheim, gült. b. 13. 7. 1923.
13. Schlüter, Richard, Sonnenberg, gült. b. 20. 7. 1923.
14. Schulte-Destrich, Otto, Weibach, gült. b. 18. 7. 1923.
15. Schulte-Destrich, Hermann, Weibach, gült. b. 18. 7. 1923.
16. Heijerich, Max, Sonnenberg, gült. b. 19. 7. 1923.
17. Stein, Karl, Bredenheim, gült. b. 21. 7. 1923.
18. Kaufmann, Karl, Wiesbaden, gült. b. 24. 7. 1923.
19. Lenhart, Paul, Flörsheim, gült. b. 28. 7. 1923.
20. Möhringer, Karl, Flörsheim, gült. bis 26. 7. 1923.
21. Bies, Christian, Sonnenberg, gült. b. 29. 7. 1923.
22. Schönhub, Eduard, Sonnenberg, gült. b. 1. 8. 1923.
23. Raul, Karl, Mainz, gült. b. 31. 7. 1923.
24. Raul, Peter, Flörsheim, gült. bis 1. 8. 1923.
25. Deufing, Ludwig, Diedenbergen, gült. bis 2. 8. 1923.
26. Seelgen, Heinrich, Sonnenberg, gült. bis 2. 8. 1923.
27. Müller, Karl, Flörsheim, gült. b. 4. 8. 1923.
28. Krümer, Heinrich, Eddersheim, gült. bis 8. 8. 1923.
29. Schier, Adolf, Schierstein, gült. b. 17. 8. 1923.
30. Krenn, Viktor, Wiesbaden, gült. bis 8. 8. 1923.
31. Kroeßell, Wilhelm, Hochheim, gült. bis 31. 8. 1923.
32. Pfeifer, Alex., Sonnenberg, gült. bis 15. 8. 1923.
33. Belsch, Karl, Klappenheim, gült. bis 16. 8. 1923.
34. Schimmer, Arthur, Biedrich, gült. bis 18. 8. 1923.
35. Wendi, Otto, Biedrich, gült. b. 18. 8. 1923.
36. Junginger, Ernst, Biedrich, gült. bis 18. 8. 1923.

37. Jung, Franz, Sonnenberg, gült. bis 20. 8. 1923.
 38. Bottmann, Gustav, Mainz, gült. bis 31. 8. 1923.
 39. Heger, Karl, Mainz, gült. b. 25. 8. 1923.
 40. Stapp, Lorenz, Eddersheim, gült. bis 1. 9. 1923.
 41. Kleber, Heinrich, Diedenbergen, gült. bis 22. 8. 1923.
 42. Karolus, Alois, Flörsheim, gült. bis 25. 8. 1923.
 43. de Leuw, Heinz, Biedrich, gült. b. 30. 8. 1923.
 44. Born, Hermann, Nordenstadt, gült. bis 30. 8. 1923.
 45. Boas, Josef, Biedrich, gült. b. 30. 8. 1923.
 46. Stapp, Josef, Eddersheim, gült. b. 30. 8. 1923.
- Wiesbaden, den 22. September 1922.
Der Landrat. S. B. Schaffler.

Nr. 456.

Der Magistrat in Wiesbaden und die Gemeindevorstände werden hiermit auf die Erhebung meiner Verfügung vom 13. Juli 1922, betreffend Einkommen der Unternehmerzweckgebühren, erinnert.

Wiesbaden, den 22. September 1922.

Der Vorsitzende des Seilschlussvorstandes.

Schlicht.

Nichtämlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Wb Berlin, 26. September. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat sich gestern mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitszeit bei Beschäftigung an verschiedenen Arbeitsstellen oder bei Ausübung eines Nebenberufs beschäftigt. Es wurde mit 22 gegen eine Stimme eine Fassung angenommen, nach der ständig beschäftigte Arbeiter und Betriebsbeamte ständige Beschäftigung bei anderen Arbeitgebern nur übernehmen dürfen, wenn die Arbeitszeit zusammen die zulässige Grenze nicht überschreitet. Die Schutzbestimmungen für Kinder und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen wurden nach dem Vorschlag des Arbeitsausschusses angenommen, in bezug auf die Arbeitszeit und die Fassung unter Erweiterung der Vorschläge der Regierungsvorlage. Die Strafbestimmungen des Gesetzes wurden mit dem Hinweis gebilligt, daß die Geldstrafen der Markentwertung anzupassen sind. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig gebilligt. Schließlich wurde der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisierungsvorgängen mit der Maßgabe angenommen, daß die Geltungsdauer bis 31. März 1923 verlängert werden soll.

Verhandlungen über Gehaltsfragen.
Wb Berlin, 26. September. Am kommenden Donnerstag finden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter betr. Neuerschließung der Grundgehälter und der Kinderbeihilfe statt.

Das Manifest der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Berlin, 25. September. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes an das arbeitende Volk: Das Volk der Einigung der sozialdemokratischen Parteien ist vollbracht. Durch die Massen ihrer Anhänger geht eine tiefe freudige Bewegung. Die sozialdemokratische Bewegung ist eine der gewaltigsten, die die Welt je gesehen hat. Die Partei bedarf aller Kräfte, denn ungeheuer ist das Werk, das ihrer harrt. Die junge deutsche Republik kämpft schwer gegen innere und äußere Gegner. Gewaltstöße der monarchistischen Reaktion erschüttern ihre Grundlagen. Der Krieg und seine Folgen, der Friede von Versailles hat sie zum Schuldigen der Welt gemacht. Die ungeheure Not der arbeitenden Masse dient der schrankenlosen Bereicherung Weniger und fördert den Aufstieg einer Kapitalherrschaft, die das öffentliche Leben korumpiert und sich den Staat zu unterwerfen sucht. Was will dagegen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei? Sie will den Schutz und die Festigung der Deutschen Republik; sie will wirksamen Kampf gegen die schamlose Auswucherung des Volkes. Sie will eine vernünftige wirtschaftliche Ordnung, deren Ziel das Gemeinwohl und das Recht jedes arbeitenden Menschen ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Darum verteidigt sie den Achtundzestag, kämpft sie für den Schutz der Arbeitskraft, arbeitet Hand in Hand mit den modernen Gewerkschaften und Genossenschaftsbewegungen. Darum erstrebt sie letzten Endes eine neue, von kapitalistischer Ausbeutung freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die allen ihren Anteil am Ge-

nuß der Kultur der Welt gewährleistet. In diesem Sinne führt sie ihren Klassenkampf nicht um eine neue Klassenherrschaft, sondern um jede zu zerstören und damit dem schaffenden Volke seine Freiheit zu geben. In der Einheit liegt die Kraft! Haltet dem Ganzen die Treue, wie Ihr sie den einzelnen Teilen gehalten habt! Seid brüderlich im Rat, einig in der Tat! Dublet keine Zerplitterung! Werbt und wirkt mit verdoppelter Kraft für unsere gemeinschaftliche große Sache! Es lebe die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

England.

Wb London, 25. September. Die Morgenblätter brühen ihre Freude aus über das am Samstag zwischen den Alliierten in Paris zustande gekommene Abkommen. Alle haben die großen Dienste hervor, die Lord Curzon geleistet habe, und loben seine diplomatischen und staatsmännischen Fähigkeiten. Nachdem die „Morning Post“ erklärt hat, daß nach ihrer Ansicht die einzige Gefahr, die im Nahen Osten zu befürchten sei, von den Bolschewisten kommen könne, bemerkt sie, daß das am Samstag in Paris zustande gekommene Abkommen einen Erfolg für die alten diplomatischen Methoden darstelle.

Aus dem nahen Orient.

Türkische Eindrücke über die Note der Alliierten.
London, 26. September. Die „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel, der Eindruck, den die Einladung der Alliierten erzeugt habe, werde von maßgebender Seite wie folgt dargestellt: Die Regierung von Ankara würde jede Form einer Kontrolle über Thrazien, das vollständig der ottomanischen Souveränität zurückgegeben werden müsse, unbedingt ablehnen. Man glaube, daß es sich nicht vermeiden lassen werde, daß die Türkei Thrazien besetzt. Sollten die Alliierten dies nicht zugeben, so würden die Kemalisten Konstantinopel besetzen und die Meerengen überschreiten, deren Neutralität von den Griechen bereits verletzt worden sei. Die Regierung von Ankara glaube nicht, daß die türkischen Truppen die Neutralität der Meerengen verletzen werden. Die Regierung von Ankara sei bereit, Garantien für Sicherheit der Meerengen zu geben, aber verlange auch, daß diese Fragen gemeinsam mit den anderen, an das Schwarze Meer grenzenden Staaten geregelt werde, also mit Russland und Georgien zusammen.

Die Griechen verweigern Thrazien.
Amsterdam, 26. September. Man ist in Athen über die Untreue Englands auf das tiefste erregt und will trotz des Pariser Kompromisses noch einmal einen letzten Widerstand gegen Kemal Pascha auf europäischem Boden versuchen. Mit dem Verlust Kleinasiens hat man sich abgefunden. Eine Rückgabe Thrazien mit Adrianopel will die griechische Regierung jedoch auf keinen Fall anerkennen und sich der Abtretung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen. Sollten die Türken mit oder ohne Genehmigung der Verbündeten über den Bosphorus vordringen, so will Griechenland in Thrazien ein Heer von 150 000 Mann aufstellen.

London, 26. September. Eine Depesche vom 24. an die „Times“ aus Ichnaia besagt, daß zwei weitere Bataillone mit Artillerie, Kampfflugzeugen und Beobachtungsflugzeugen erwartet werden. Marschfertige Truppen werden zusammengeführt werden, um die Absperrung der neutralen Zone zu sichern. In Erwartung der Regelung des Friedens ist die Haltung der Türkei gegenüber den griechischen und armenischen Truppen sehr korrekt. Die Haltung der Türken steht im Gegensatz zu dem Benehmen der griechischen Truppen auf dem Rückzug.

London, 26. September. Eine weitere Depesche aus Konstantinopel an die „Times“ besagt, daß man in kemalistischen Kreisen der Ansicht ist, daß die alliierte Note eine Grundlage für die Verhandlungen bilde, daß aber die Regierung von Ankara fordern werde, daß keine britischen Verstärkungen mehr in das Dardanellengebiet gelandt werden.

Die Kemalisten wollen keinen Krieg mit England.

Wb London, 26. September. Reuter meldet aus Konstantinopel unterm 24. d. M.: Die Zusammenkunft des Generals Shultze-Worth und des türkischen Oberbefehlshabers war sehr freundlich. Der türkische Oberbefehlshaber war sofort bereit, seine Kavallerie hinter die zentrale Zone zurückzuziehen und erklärte, daß die Kemalisten durchaus nicht in einen Krieg mit England verwickelt zu werden wünschten.

Eine Note Russlands an die Alliierten.

Wb London, 26. September. Der stellvertretende Außenminister Korotkow hat den alliierten Regierungen eine neue Note in der Orientfrage übersandt. Die Sowjetregierung erklärt darin, daß nur eine sofortige friedliche Intervention des Südrusses Europas vor neuen Bürgerkriegen bewahren könnte. Eine Lösung der Frage des nahen Ostens sei nur möglich bei Anerkennung der souveränen Rechte des türkischen Volkes auf das gesamte türkische Territorium und insbesondere auf Konstantinopel. Das Kommando der britischen Regierung vom 16. September erkenne nicht England nur Frankreich und Italien als in der Meerengenfrage interessiert an; die russische Regierung müsse gegen eine solche Benachteiligung der Rechte Russlands und der ihm verbündeten Republiken Litauen und Georgien auf das schärfste Einspruch erheben. Die Sowjetregierung habe zwar die früheren Verträge der Jazarenregierung annulliert, glaube jedoch, daß die Westmächte das hohe Interesse Russlands in der Meerengenfrage nicht würden leugnen können, nachdem schon im Jahre 1918 die alliierten Regierungen in einem speziellen Abkommen der russischen zaristischen Regierung Konstantinopel und die Meerengen zugesprochen hätten. Russland und die Türkei seien sich einig geworden über die Formen, unter denen die Freiheit der Meerengen realisiert werden könnte. Eine Entscheidung dieser Frage ohne Russland würde nie eine endgültige sein. Im Hinblick auf die besondere Stellung Russlands im Orient und auf seine Lage im Schwarzen Meer ringt die Sowjetregierung der Interessen der Völker, die eine friedliche Lösung der Frage nötig hätten, schloß die Sowjetregierung die sofortige Einberufung einer allg. Konferenz aller interessierten Mächte und vor allem der Alliierten des Schwarzen Meeres vor.

Griechenland.

Paris, 26. September. Das griechische Kabinett Benizelos aufgeführt, seine Dienste in dieser Stunde in der Gefahr aus patriotischen Erwägungen zur Verfügung des Volkes zu stellen. Einigen, aber Minister, sonst Feinde von Benizelos, hatten ihn unter Hintanhaltung ihrer früheren Absichten gebeten, die heilige Einigkeit zu stellen.

Ein französisches Urteil über die Lage in Griechenland.

Wb Paris, 26. September. Der „Temps“ beurteilt in seinem Artikel die Lage in Griechenland wie folgt: Angesichts der Ergebnisse der persönlichen Politik Konstantin und des Zusammenbruchs der Großgriechenland, das der geniale Versuch des griechischen Volkes verstanden habe, kämpft das griechische Volk verzweifelt gegen das Unwiderstehliche. Der Ministerrat tagte in Permanenz, ohne sich entschließen zu können, der Lage freimütig ins Gesicht zu sehen. Die öffentliche Meinung verlangte die Abdankung König Konstantin und die Ernennung von Benizelos zum Vertreter Griechenlands auf der Friedenskonferenz. So unwahrscheinlich es indessen sei, hätten Konstantin und seine Umgebung noch nicht die Hoffnung aufgegeben, die Lage zu ihren Gunsten wieder herzustellen, und gewissen einflussreichen Elementen schreibe man die Idee zu, die Stellungen, die Griechenland in Ostthrazien inne habe, wenn nötig, mit den Waffen in der Hand zu verteidigen.

Kleine Mitteilungen.

Berlin. Einer Blättermeldung zufolge, sind auch Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands beigetreten. Die Gefolgschaft Lebedews bilden aus den bekanntesten Unabhängigen nur noch Abgeordneter Dörm und Theodor Liebknecht.

Die Witwe Kaiser Karls. Ein deutsches Telegraphenbüro überreichte kürzlich die Nachricht, daß die Kaiserin und Königin-Witwe Jila in der Nähe von München einen Besuch erworben habe und beabsichtige, mit ihren Kindern den endgültigen Aufenthalt in Deutschland zu nehmen. Wie von autoritativer Seite mitgeteilt wird, besteht ein solches Vorhaben bei der Witwe des letzten österreichischen Kaisers nicht. Dagegen hat die Kaiserin-Witwe, die Erzherzogin Maria Josepha, in der angegebenen Gegend eine Villa gemietet.

Brüssel. Wie die „Agence Belge“ aus Paris erfährt, sind die deutschen Schallplatten dort eingeflossen.

Essen. Die Reise des Herrn Stinnes und der übrigen deutschen Großindustriellen nach Frankreich, die für Ende d. M. angesetzt war, ist aus technischen Gründen verschoben worden. Man rechnet etwa mit Mitte Oktober. Das Ergebnis der Reise des Direktors Eugen Böckler von der A.G. für Hoch- und Tiefbau in Essen, nach Paris, der dort vorige Woche verhandelte, wird als günstig bezeichnet.

Berlin, 26. September. Wie die Blätter mitteilen, wird außer dem Direktor des französischen Auslandsamtes auch der Direktor des englischen Auslandsamtes Grew am 5. Oktober in Berlin eintreffen. Es soll sowohl über die Regelung der künftigen als auch über den Rest der bereits fällig gewordenen Ausgleichszahlungen von 18,4 Millionen verhandelt werden.

ierte das Ge
büßen, w
Verlegungen
von Antenne
vor dem
seiner Frau
beachten da
noch verhält
die Weite in
igen Monaten
Fortschritt
nen Wein zu
ist bei weitem
froh sein
überhaupt zu
er Gemeinde
die Ortschelle
großen Men
Juwelen an
100 Mark
enn sich diese
zu pfänden
Luta gemessen
u gezwungen
ichum infolge
großen Teil
hat ein im
untergebrachte
Freiunde der
per, mit einer
schwer ver
des allen
gleicher Weise
and, die ihrem
andelt. Gew
ten Nachbarn
chen zu bän
der Neuener
So erfolgte
mit 76 Haken
einzeligen
werden.
des Mangels
Stadt Darm
keit und
Monate selb

Düsseldorf. Eine Schlemmerstube in Düsseldorf
wurde am Sonntag eine Ordnung für eine Gemein
deverwaltung zur Beratung in der Stadtverord
nungsammlung schon fertiggestellt. Eine nachmalige
Lichtung und wachsende Stimmen aus Gaststätten
haben den Finanzauschuss dazu gebracht, den Ein
tritt zurückzuführen und von der Erhebung einer Ein
tragssteuer abzusehen. Man war zu der Auf
fassung gekommen, daß eine solche Steuer sehr schwer
durchzuführen sei, zumal die Steuererträge so
schlecht und schlecht fahbar seien, daß die Kosten der
Aufsicht in gar keinem Verhältnis zu den Einnahmen
stehen würden.

Düsseldorf. Eine Berliner Truppe führt seit
vielen Wochen im Düsseldorfer Schauspielhaus
eine „erotische Komödie“ auf. Gegen diesen Unfug
wurde sich nun in einem Rauschschlag die
Düsseldorfer Jugend: „Wir jungen Men
schen Düsseldorf protestieren gegen die Aufführung.
Wir zeigen, daß es noch eine Jugend gibt, die den
Ermittler der Zeit nicht erschreckt hat, indem wir keinen
anderen Ausweg, als eine Vorstellung zu fördern.
Wir sind die Jugend und uns gehört die Zukunft.
Wir sind diejenigen, die das Später tragen müssen,
was uns die Alten, die uns Vorbilder sein wollen,
eingebracht haben. Wir werden daher gegen jeden
solchen Schmutz energig Front machen. Durch
Wahrheit, Liebe und Reinheit zur Arbeit und Ein
heit.“

Weil das Papier so teuer ist! Es gibt Papier
für gewisse bestimmte Teile, das natürlich an der Teue
rung in hohem Maße teilgenommen hat. Ein „Mei
ner“, „Geschäftsmann“, der die Wohnung der Zeit
„Jugend“ begriffen hat, ist nun auf folgenden be
merkenswerten Gedanken gekommen. Damit sein
Papierschreiben keinen Luxus mit diesem Diskret
papier treibt, hat er die einzelnen Blätter fort
gesetzt nummeriert — und ist jetzt in der Lage, das
Gesamtdokument nach Belieben fortzusetzen. Es
ist doch noch findige Köpfe für die künftigen
Ereignisse.

Katholische Schiedsinstanz. Ein amerikanisches
Blatt, die „New York Tribune“, weiß eine wichtige
in wenig zurechtgestaltete Anleihe aus den letzten
Wochen vor der Ermordung Walter Rathenau zu
erzählen, die uns sonst noch nicht begegnet ist. Es
wurde darin erzählt, daß Rathenau ein paar Wochen
vor seiner Ermordung beabsichtigt plauderte und in
seinem Gespräche persönliche Sicherheit mit einigen
Freunden in seiner Grubenabteilung gesehen habe.
Die Gesellschaft unterhielt sich über den Volksbe
rath, der sich beabsichtigt an den Freitag als den
Anfangstag gebildet hat. „Mein Unglückstag“, sagte
Rathenau, „ist der Sonntagabend...“

Ein Angestellter der Hamburger Elfenbeinfabrik
hatte seine Firma um 200.000 Elfenbeinfabrik für
Händler befristet. Für die Taten, die einen Wert
von 15 Millionen Mark haben, fand er zunächst
keinen Abnehmer, bis ein Berliner Tertiär einen
Kauf ausübte. Der Käufer erhielt eine
Transaktion von 45.000 Mark. Dadurch, daß sich der
Käufer wieder an die Hamburger Firma wandte,
an die Taten abzugeben, wurde der Diebstahl ent
deckt. Der Angestellte wurde verhaftet und der
Tertiär seine Provision wieder los.

Perle für Mahenzüge. Die Leipziger
Schmelzindustrie schreibt: „Die Preise der deut
schen Stoffe für Mahenzüge sind gegen
wärtig 4000 bis 8000 Mark pro Meter. Die
Zuckerzucker und Zuckerzuckerpreise betragen
in Klasse Ia 20.000 Mark, Klasse I 18.000 Mark,
Klasse II 16.000 Mark, Klasse III 14.000 Mark.
Demnach kostet ein Mahenzug von deutschen
Stoffen 27.000 bis 40.000 Mark! Von engli
schen Stoff geordnet würde er erheblich teurer
sein.“

Geld!
Wenn in Berlin die Notenpresse
nicht Tag und Nacht mit vollem Schaff,
im weiten deutschen Vaterlande
das Zahlungswesen fast erschlägt,
und Menschen aller Klassen
laut schreien an allen Kassen:
Wo bleibt in aller Welt
das Geld!
Der Arbeiter, der Angestellte,
die Tippmänner, der Kleinrentner,
der Händler, Bauer und der Schieber,
ob Uniform, ob Unterwies,
wo du auch gehst,
wo du auch stehst,
es ruft die ganze Welt:
Wo bleibt das Geld!
Nach uns die Sündflut! Wenn die Fluten
unspülten schon den höchsten Fels,
der letzte Mensch im höchsten Letzten
tollmütig hinunter liegt in der Welt,
kein Blut fließt mehr in der Kunde,
kein letzter Schrei aus ihrem Munde:
Wo bleibt die Welt, wo bleibt
das Geld!

Buntes Märchen.
Erbach I. D. Der kaum verheiratete 25 Jahre
alte Arbeiter Leonhard Mohr von hier geriet beim
Aufspringen auf den schon fahrenden Zug unter die
Räder. Es wurden ihm beide Beine abgefahren.
Der Schwerverletzte starb 2 Stunden nach der Ein
lieferung ins Krankenhaus.

Kaiserliche Kasse. Seit längerer Zeit beobachtet
man einzelne Fälle innerpolitischer Spionage
durch Kommunisten. Unter diesem Gesichtswinkel
ist die kleine Strafkammer eine unbefugte Deutung
eines in einen Reichswehrsoldaten gerichteten Brief
durch den Postkassierer Peter Schöber, jetzt Händ
ler, hier, an und verurteilte den unterandem ge
richteten Briefes auf die Dauer von fünf Jahren die Be
fugnis zur Befreiung öffentlicher Beamter oberamt.
Kaiserliche Kasse, Montag vormittag sind beim oberen
Teil des großen Kellertunnels zwischen Trüben
und Dachboden nach Durchführen eines Personenzuges
große Bestände, wohl infolge harter Kälte, auf
die Weiche abgeklüft. Der Zugverkehr blieb für
ungefähr 12 Stunden unterbrochen. Befreiungen
von Personen sind nicht vorgekommen.

Halle. Der Schulamtskandidat Rabich, der als
Bergarbeiter bei Wesseln im Harz arbeitete, weil er seine
Anstellung finden konnte, stieß auf einer Bergung
auf und ergab beim Sturze den Verstoß der
Eisenbahnkranke. Er wurde vor den Augen des
Mehrs, der den Sturz beobachtete, getötet.

Berlin. Der Magistrat unterbreitete der Stadt
verordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage
wegen Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf
25 Mark.

In Schmiedberg bei Halle erkrankten 22 Per
sonen nach dem Genosse von gebrochtem Fleisch. Die
Unternehmung ist eingeleitet.

Wien. Ein dringendes Gesuch mit Berlin
wurde sich demnach auf ca. 10.000 Kronen stellen.

Coblenz. Auf der Heimfahrt von Köln nach
Coblenz wurden zwei hiesige Einwohner, während
sie schliefen, im Stütz von einem Missethäter be
raubt, der dann mit den Sachen aus dem fahrenden
Zug sprang. Als man von der nächsten Haltestelle
aus die Strecke abging, fand man den Missethäter
den Gleisen in seinem Witz liegen. Er war beim
Abpringen unter den Zug geraten, dessen Räder
ihm ein Bein abgefahren hatten.

Die Stadt Hamm feierte ihr tausendjähriges
Bestehen. Die Veranstaltungen liefen sehr unter
den Regen.

Berlin. Vor kurzem ist bei dem Oekonomierat
Häa in Guben eine Sprengpatrone auf der
Fensterbank eines im Erdgeschoss deselben Schlaf
zimmers zur Entladung gebracht worden. Missethäter
leben kamen nicht zu Schaden. Auf die Ermittlung
der Täter wurde eine Beschlagnahme von 40.000 Mark
ausgesetzt.

Karlsruhe. Wegen unerlaubter Einsicht wurde
der Kaufmann August Schartner in Heidelberg zu
sieben Monaten Gefängnis und 780.000 Mark Geld
busse verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr
und 1 1/2 Millionen Geldbusse beantragt. Schartner
hatte aus Frankreich große Mengen Parfümerien
eingebracht.

Berlin. Der deutsche Schmelzgewerkschafts
Hans Breitensträter schlug im Berliner Sportplatz
den belgischen Schmelzgewerkschafts Boss die Faust
in der 3. Runde.

Groß-Hamburg? Wie das sozialdemokratische
Blatt „Hamburger Echo“ erzählt, hat die preußische
Regierung die Groß-Hamburg-Frage in der Weise
gelöst, daß in nicht ferner Zeit ein Groß-Hamburg
entstehen wird mit Einschluss der Insel Wismar
burg, die, wie bekannt, Hamburg für seine Hafenge
bäude geliefert hat. Oberbürgermeister dieses
neuen Gebiets soll Dr. Albert Südekum werden.

Wien. Aus dem hiesigen Juwelergewerbe
sind raubend ansehender internationale Einbrecher
Brillanten und Schmuckgegenstände im Werte von
einem acht Millionen Mark.

Stockholm. 28. September. Gestern vormittag
erfolgte über dem Stadsgårds-Hafen ein großer Ver
sturz. Ein Magazin und ein Kaffeehaus wurden
zerstört. Die Aufbaumassarbeiten sind noch nicht
beendet. Man nimmt an, daß fünf Personen ge
tötet worden sind.

Die Sängerin auf dem Eisflut. Ein inter
essanter Bericht über Übertragung von Gefang auf
drahtlosem Wege ist in Paris unterkommen worden.
Die Sängerin Frau Hanne Hall von der Königlich
Oper erschien auf dem Eisflut und sang mit draht
loser Hilfe auf einige Meilen. Angeblich sind die
Männer bei den drahtlosen Empfangsstationen in
Sudapest und Sofia ausgezeichnet zu verstehen ge
wesen.

Wien. Der fortschreitende Geldentwertung
Rechnung tragend, werden mit dem morgigen Tage
Bantnoten zu 1/2 Millionen Kronen ausgegeben.

Neueste Nachrichten.
Minister Wulff über den Getreidepreis.
München, 27. September. Gestern
vormittag begann die Hauptversammlung des
Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern. Mit
Vertretern der Regierung, des Reichstages
und des Landtages hielten sich auch zahlreiche
Angehörige der angeschlossenen Fachvereine
eingefunden. Landwirtschaftsminister Wulff
erklärte zur Getreideumlage, daß jetzt in
Berlin die ausschlaggebenden Sitzungen statt
finden und für das erste Drittel nachstehende
Umlagepreise festgelegt werden sollen: Roggen
etwa über 1000 Mark, Weizen etwa über
1100—1200 Mark. Gelingt es dem Reichs
ernährungsminister nicht, etwa 35 Proz. des
Markpreises zu erzielen, dann werde dieser
nach seinen eigenen Worten wohl heute nicht
mehr Minister sein.

**Meuterei von Reichswehrtruppen infolge
kommunistischer Verhetzung.**
Berlin, 27. September. Die „Köte
Köhne“ veröffentlicht in ihrer Montag-Abend
Ausgabe einen längeren Bericht über Vor
kommnisse bei den in der Festung Löben liegen
den Truppenteilen der Reichswehr. Im Gro
ßen und Ganzen scheint, wie die „K. P. N.“
schreiben, die Darstellung der „Köte Köhne“
über den Vorfall, der bereits längere Zeit zu
rückliegt, zutreffend. Die Heeresleitung gab
einen Bericht heraus, in dem es u. a. heißt:
„Etwa ein Drittel der Mannschaften des 3.
Bataillons vom Infanterieregiment Nr. 2 ver
anfaßte am 10. Juli 1922 eine Versammlung
und zog dann geschlossen und teilweise bewaff
net nach der Kaserne, um seine Forderungen
vorgebracht. Die Forderungen bezogen sich
auf weniger Dienst, Abhebung der Unterun
terstützung und Forderung der rückständigen Leu
tenungsstellen. Angesichts der festen Haltung
des Kommandanten des Bataillons ließen sie sich
jedoch in der Kaserne widerstandslos entwaffnen und
hinschleppen. Bei einem Radaufmarsch wurden
sogenannte Programmmittel gefunden. Diese
enthielten die Forderung auf Entlassung mo
narchistischer Offiziere und Mannschaften, Auf
nahme von Verbindungen mit arbeitenden
Eisenbahnern, Zahlung der rückständigen
Leutenungsstellen usw. Neben der politischen
Verhetzung habe besonders die Fremdbildung
Langeweile in der kleinen ostpreussischen Gar
nison dazu beigetragen, bei den Leuten, die
meist aus Brandenburg und Mitteldeutschland
stammten, Anzulebenheit hervorzurufen.“
Weiter wird von Seiten des Reichswehr
ministers erklärt, daß seit dem Rathenau-Mord
eine verstärkte kommunistische Agitation unter
der Reichswehr mittels der eben erwähnten
Forderungen zu betreiben versucht werde.

Aus der Völkerverversammlung.
ab Genf, 27. September. Die Völ
kerbundsversammlung trat heute
vormittag in die Besprechung der Vorschläge der
Abstraktionskommission ein. England und
Italien stimmten den Vorschlägen zu. Jou
venel, Frankreich, erklärte, daß Deutschlands Mit
arbeit an der Lösung des Reparationsproblems
wünschenswert sei. Er teilte seine Zustimmung
zu der gemeinsamen Behandlung der Fragen
der Reparationen und der interalliierten Schul
den mit. Wenn der Völkerbund sich auch ohne
Wunsch der Regierungen nicht in diese Fragen
einnischen dürfe, so sei doch zu hoffen, daß,
falls die Regierungen zu keinem Ergebnis
kämen, der Völkerbund sich mit der Frage be
fassen würde.

**Die Frage der Zulassung Deutschlands zum
Völkerbund.**
Paris, 26. September. Der Genfer
Korrespondent des „Temps“ verzeichnet das
Gericht, daß gewisse in Genf anwesende Per
sönlichkeiten sich bei der deutschen Regierung
verwenden, um Deutschland zu veranlassen, daß
es sofort seine Zulassung zum Völkerbund als stän
digen Mitglied beantrage. Der Berichterstatter
ermartet für den Fall, daß etwas derartiges
eintrifft, eine große Debatte über die bisherige
Durchführung der Verträge seitens der deut
schen Regierung und die für die Zukunft er
forderlichen deutschen Erklärungen. Deutsch
land würde mit einem Zulassungsgesuch gleich
zeitig alle Proteste gegen die bestehenden Ver
träge zurückziehen. Es würde sich dann nur
noch darum handeln, in welcher Form es sozu
sagen eine neue und gänzlich unerwartete
Unterstützung unter der Verfall der Verträge
könne. Da indessen noch kein offizieller Schritt
vorliegt, wisse man nicht, ob die derzeitige
Lage der Völkerverversammlung Zeit für
eine derartige Debatte finden würde. In
diesem Falle wäre man genötigt, die Frage der
Verarmung des kommenden Jahres zu
überweisen.

Aus dem nahen Orient.
ab Paris, 27. September. Nach einer
Mitteilung des „New York Herald“ aus Kon
stantinopel wurde gestern nachmittag die
Konferenz der alliierten Ober
kommissare zur Herbeiführung
eines Waffenstillstandes eröffnet.
Der amerikanische Konteradmiral Beistol
warnte ihr als Beobachter bei. Die Konferenz
will die sofortige Einstellung der Feindselig
keiten verlangen.

Ein montenegrinischer Staatsstreich.
Rom, 27. September. In Cetinje ereig
nete sich ein kleiner montenegrinischer Staats
streich. Der frühere montenegrinische Minis
terpräsident Pjamonag befehligte mit 20 bewaffne
ten Montenegroisten das Generalkommando, er
klärte die Königin Milena für abgesetzt und
proklamierte sich selber zum Präsidenten von
Montenegro. Die Königin protestierte ener
gisch und erklärte, daß ihre Dynastie nicht ab
dante.

Ein Putsch des Prinzen Georg von Serbien?
Baja, 27. September. Bisher noch nicht
verbürgten Belgrader Nachrichten zufolge, soll
Prinz Georg zum König ausgerufen worden
und die Hauptstadt infolge dessen der Schau
platz blutiger Zusammenstöße geworden sein.
Die Georgisten sollen sich auf die militärische
Organisation der schwarzen Hand und auf die
französischen Delegierten stützen.

Aus den Berliner Morgenblättern.
Berlin, 27. September. Das preußische
Staatsministerium hielt gestern eine Kabinets
sitzung ab, in der es sich mit der Vorlage des
Reichswirtschaftsministers an den Reichstag
über die Zuckerbewirtschaftung befaßte. Ferner
wurden Maßnahmen finanzieller Art ins Auge
gefaßt, um den Gemeinden über den schwie
rigen Termin des 1. Oktober hinwegzuhelfen.
Gestern tagten im preussischen Landtag
zum ersten Mal die Fraktionsvorsitze der
SPD und der USPD gemeinsam. Die ge
meinsamen Fraktionsführungen nehmen heute
ihren Anfang. Die vereinigte Fraktion hat
drei große Anfragen im Landtag eingebracht.
Die erste fordert die Regierung auf, Auskunft
zu geben über die Maßnahmen gegen die Teu
erung, die zweite beauftragt sich mit dem Still
stand der Bauten und mit der Bekämpfung des
Bauschrottens, die dritte weist auf die völlig
unzulängliche Höhe der Arbeitslosenunter
stützung hin und fordert deren Erhöhung.
Nach einer Reduktion der „Lössigen Jg.“
taube aus einem Leipziger Kino eine 15köpfige
Hande mit vorgehaltenen Revolver vier Akte
des Filmwerks „Der Todesreigen“, in dem die
Vorfälle aus dem Leben der Herrschaft der
Sowjetregierung dargestellt wird. Die Räuber
sind entkommen. Allen Ansehern nach handelt
es sich um Kommunisten, die auf diese Weise
die Aufführung des Films verhindern wollten.
Die Koalitionsparteien werden im preußi
schen Landtag einen gemeinsamen Antrag ein
bringen, wonach zur Fortsetzung der Woh
nungsbauteil drei Milliarden aus preussischen
Staatsmitteln und 1,8 Milliarden Mark aus
Reichsmitteln sofort den Gemeinden zur Ver
fügung gestellt werden sollen.
Einer Blättermeldung aus Hamburg zu

folge ist gestern wiederum ein Wachtmeister
der Schutzpolizei von den Belagern verhaftet
worden. Es befinden sich jetzt ein Offizier,
13 Polizeibeamte und drei Zivilisten in Haft.

Letzte Nachrichten.
ab Sofia, 27. September. Die in aus
ländischen Blättern aufgetauchte Meldung über
Stragentämpfe in Sofia ist unwahr. Es
herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung in
der Stadt, ebenso auf dem Lande.

Kemal Pascha über die Meerengenfrage.
ab Paris, 27. September. Mustafa Kemal
Pascha hat in Smyrna einem Korrespondenten der
„Chicago Tribune“ ein Interview gewährt, in dem
er u. a. sagte: Für mich ist die Meerengen
offen und daß sie sich in Sicherheit befinden.
Deshalb würde es uns nicht einfallen, an den Meer
engen Befestigungen zu errichten. Infolgedessen sind
wir bereit, die bestehenden Befestigungen zu beseti
gen. Aber unsere Hauptaufgabe liegt am Bosphorus,
und ihre Sicherheit muß verbürgt werden. Für
ihre Sicherheit ist aber diejenige des Marmara
Meeres erforderlich. Hier handelt es sich um eine
grundtägliche Frage, die heute noch nicht klarge
stellt ist. Wenn wir die Freiheit der Meerengen wün
schen, so glauben wir, daß wir in diesem Punkte mit der
ganzen Welt einig sind, ausgenommen eine einzige
Macht: England, das daran interessiert ist, sie zu
schließen, vorausgesetzt, daß diese Schließung durch
England selbst erfolgt. England hat seine Politik
seinen Alliierten gegenüber nicht offen zum Ausdruck
gebracht; aber es stütze die Griechen an den Dar
danellen und bewerte sie als Werkzeug für die
Schließung dieses Meerengen. Wenn England die
Freiheit der Darданellen wünscht, so ist die ganze
Frage gelöst. Wenn es dafür ist, sie zu schließen
— sei es durch Agenten oder durch seine eigenen
Mittel — so muß die Welt klar und deutlich Stel
lung nehmen. Angesichts der augenblicklichen Stel
lung der Remeen der großen Nationalversammlung
und die Meerengen bereits in unserer Hand, zum
mindesten aber unter unserem Einfluß. Ich bin
sicher, daß Frankreich, Italien und die Vereinigten
Staaten sich der hohen Idee der Engländer bewußt
sind. Es handelt sich für sie noch darum, sich hier
über öffentlich zu erklären. Was die Garantien für
die Sicherheit Konstantinopels und des Marmara
Meeres anlangt, so werden wir es vorziehen, selbst
im Rahmen der Regierung feierliche Lösung vorzu
schlagen, sondern die beteiligten Mächte entscheiden
zu lassen und uns ihrer Entscheidung anschließen. Ich
persönlich glaube, daß man an zahlreiche Pläne
denken und sie erörtern könnte. Die Regierung der
großen Nationalversammlung ist bereit, der ganzen
Welt gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen,
die Freiheit der Meerengen unter keinen Umständen
anzugreifen. Falls wir unser Wort nicht halten
würden, so würde das Feindbildnis mit der
ganzen Welt bedeuten. Wir können durch die Ver
leugnung einer solchen Abmachung nichts gewinnen.
Es könnten auch noch positivere Garantien ange
boten werden, z. B. die Verpflichtung, die Meer
engen nicht zu besetzen und in ihrem Bereich
keinerlei Truppenmacht aufrecht zu erhalten, die zu
ihrer Schließung benutzt werden könnten.

Der Markkurs im Ausland.
ab Mainz, 26. September. Der Markkurs
gelte heute folgende Notierungen. Er notierte in Zürich
mit 0,37 1/2 um 1/2, in Paris mit 0,90 um 2 1/2, nie
driger und eröffnete in New York mit einer Ab
schwächung von 1/4 auf 6,06 1/2. Die Berliner Deu
schenposten zogen an, und zwar Amsterdam um 22 1/2,
Brüssel 37 1/2, Italien 27 1/2, London 21 1/2, New York
52 1/2, Paris 37 1/2, Schweiz 900 und Spanien 800
Punkte.

Mark-Notierungen der Berliner Börse
vom 26. September 1922.

	vor dem Krieg	26. Sept.	26. Sept.
Holland	1 Gulden	1,98	548,81
Belgien	1 Franc	0,90	101,02
Italien	1 Lire	0,81	79,43
Frankreich	1 Franc	0,90	622,20
Österreich	1 Schilling	4,20	145,74
Spanien	1 Peca	0,80	101,01
Schweden	1 Krona	0,91	205,67
Dänemark	1 Krona	0,85	1,90

27. September. Im Freiverkehr.
Dollarkurs (10 Uhr vorm.) 1540,00
Frankenkurs (10 Uhr vorm.) 117,00
Frankfurter Börse vom 26. September.
In Frankfurt. Die ankommende Stabi
lität der Mark bewirkt an der Börse eine wei
tere Festigung der Aktienmärkte und regt die
Kaufkraft in lebhafter unverminderter Weise an.
Scharf zogen die Kurse auf dem Rentenmarkt
an, durchschnittlich um 100 Prozent. Gellen
schen 2600 (+ 100), Harpener 3000 (+ 175),
Rammann 1939 (+ 90), Rheinische Brau
ereien 3000. Sehr gefragt sind ferner ober
schlesische Werte. Von Aktienwerten waren
Westeregeln mit 2275 (+ 200) führend. Der
Chemiemarkt zog heute in allen Werten auf
an. Anilin 1045 (+ 35), Griesheim 1270
(+ 70), Höpfer 1250 (+ 40), Brodhues 729
(+ 70). Der Aktienmarkt wie auch die
Elektrowerte verkehrten bei gut anziehenden
Kursen. Daimler 325 (+ 45), Meyer 500
(+ 30), Siemens u. Halske 1900 (+ 50). Der
Judenmarkt war in seiner Gesamtheit um wei
tere 40 Prozent höher. Auf dem Einheits
markt waren Aufbaumärkte besonders gesucht,
ebenso Zellstoffaktien. Staatsrenten bröckelten
verschiedentlich ab, auch bayerische. Im Frei
verkehr hatte man besonders Interesse für die
guten Schmelzindustriellen, so für Benz,
Bayer Stahl, Bayer Koble und Mansfelder
Aktien. Entreprise schnellen von 12.000 auf
14.000. Auf dem Aktienmarkt erlebten
Daimler-Minen eine Steigerung um 1000 Proz.
auf 5600, Ungar Gold 3350, Alt Lombarden
gekauft 2060 (+ 180). Die Börse schloß fest.
Devisen: Brüssel 10,550, Holland 56,900,
London 6437, Paris 11,100, Schweiz 27,200,
Spanien 22,200, Italien 6175, Dänemark
30,150, Norwegen 24,350, Schweden 38,450,
New York 1456.

Witterungs-Aussichten.
(Aus dem Wetterbericht des Pöhl. Ser. Frank
furt a. M.)
Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag
abend: Keine wesentliche Veränderung, wolfig, kühl.

